



Freitag, 9. März 2012

Materialien zu den gemeinsamen energiepolitischen Positionen

**Medieninformation
Positionspapier
Statement IG BCE Catharina Clay
Statement Chemie-Verbände BW Thomas Mayer
Statement Papierverbände BW Stephan Meißner
Charts zu Energieeffizienz u. Energiekosten
Ansprechpartner für die Medien**

Information für die Medien

Chemie- und Papierindustrie stellen gemeinsame energiepolitische Positionen vor / Standort und Arbeitsplätze langfristig sichern

Stuttgart – 9. März 2012. Die chemische und die Papierindustrie in Baden-Württemberg sowie die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie haben Forderungen zur Energiepolitik formuliert. Das gemeinsame Positionspapier steht unter dem Titel „Nachhaltige Energieversorgung für Baden-Württemberg: bezahlbar, sicher, umweltverträglich“. Kernpunkte des Papiers sind die Leistungen der Chemie- und Papierindustrie und ihrer Mitarbeiter für den Klimaschutz und die Energieeffizienz auch weiterer Industrien. Hinzu kommen die Forderungen nach bezahlbarer und hochverfügbarer Energie für die Wirtschaft sowie der Ausschluss von regionalen Sonderwegen beim Klimaschutz.

Catharina Clay, Landesbezirksleiterin der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) stellte dazu fest: „Energiewende in Baden-Württemberg bedeutet für die IG BCE mehr, als nur Kernkraftwerke abzuschalten. Unsere Kolleginnen und Kollegen brauchen zukunftssichere Arbeitsplätze zu guten Arbeitsbedingungen. Die Umstellung auf regenerative Energieträger muss verlässlich eine bezahlbare Energieversorgung auch für Privathaushalte sicherstellen. Deshalb muss ein Gesamtkonzept der Energiewende alle Regionen gleichermaßen fordern, um nicht einzelne zu benachteiligen. Die Energiewende gelingt nur, wenn wir das Ziel einer intakten Umwelt in Einklang bringen mit gesunder Wirtschaftskraft und sozialer Gerechtigkeit“.

Thomas Mayer, Hauptgeschäftsführer der Chemie-Verbände Baden-Württemberg, hob die Unverzichtbarkeit der Produkte der chemischen Industrie für den Klimaschutz hervor: „Wir können ohne Dämmstoffe, ohne hochfeste und leichte Kunststoffe und ohne die wichtigen Vorleistungen der Chemie für andere Branchen keine weiteren Energieeinsparungen erreichen.“ Der Bestand der Chemie-Industrie auch in Baden-Württemberg müsse daher, so Mayer, auch durch eine entsprechende Energieversorgung gesichert werden. Regionale Sonderwege für die Industrie im Klimaschutz, wie sie sich in den Eckpunkten zum Landesklimaschutzgesetz andeuten, lehnten die energieintensiven Branchen Chemie und Papier ab.

Stephan Meißner, Hauptgeschäftsführer der Papierverbände Baden-Württemberg, hob den weltweiten Wettbewerb seiner Branche hervor. Schon jetzt seien die Energiekosten um bis zu ein Drittel höher als in Hauptwettbewerbsländern. Die Vorleistungen der Industrien in der Reduzierung und Effizienzsteigerung müssten anerkannt werden, so Meißner: „Sonst droht die Standortverlagerung und letztlich eine schleichende Deindustrialisierung nicht nur für die Papierindustrie.“

Die Industrie-Verbände und die Gewerkschaft haben ihr Positionspapier der Landesregierung zugeschickt. Es wird die Grundlage für weitere Gespräche, unter anderem auch zum Landesklimaschutzgesetz, bilden.

Hintergrundinformationen

Zu den Chemie-Verbänden Baden-Württemberg

Unter dem Dach der Chemie-Verbände Baden-Württemberg arbeiten mehrere Verbände mit Sitz in Baden-Baden zusammen. Es handelt sich dabei um

- den tarif- und sozialpolitisch tätigen Arbeitgeberverband Chemie Baden-Württemberg e.V. (agvChemie)
- den wirtschaftspolitischen Verband der Chemischen Industrie e.V., Landesverband Baden-Württemberg (VCI).

In diesen Verbänden sind derzeit insgesamt 445 Mitgliedsunternehmen mit 96.300 Beschäftigten organisiert. Der Jahresumsatz betrug 2010 ca. 29,6 Milliarden Euro. Die größten Teilbranchen sind Pharma (38 Prozent), Lacke, Farben und Bautenschutz (12 Prozent) sowie Klebstoffe, Mineralöl und Chemiefasern (8 Prozent).

Derzeit bilden die Unternehmen mehr als 3.000 Jugendliche in etwa fünfzig Ausbildungsberufen und Studiengängen aus.

Für Rückfragen der Redaktionen:

Andreas C. A. Fehler 07221 2113-48
 0162 2111648

Mail medien@chemie.com

Diese Medieninformation ist unter <http://medien.chemie.com>, dem Internet-Angebot der Chemie-Verbände Baden-Württemberg für die Medien, zu finden.

Zu den Baden-Württembergischen Papierverbänden

Der Sitz der Baden-Württembergischen Papierverbände findet sich in Gernsbach. Zusammengefasst sind der

- tarif- und sozialpolitische Arbeitgeberverband der Papierindustrie Baden-Württemberg - AGP - e. V.
- und der wirtschaftspolitisch tätige Wirtschaftsverband Papier Baden-Württemberg - WVP - e. V.

In den 37 Mitgliedsfirmen sind rund 11 000 Beschäftigte. Die Gesamtproduktion beträgt mehr als 3 Millionen Tonnen, der Umsatz mehr als 3,5 Milliarden Euro pro Jahr. Die Unternehmen beschäftigen rund 450 Auszubildende, davon etwa ein Viertel Papiertechnologen.

Für Rückfragen der Redaktionen:

Dr. Hans-Peter Berger 07224 6401-126
 0172 729 6742

E-Mail: h.p.berger@papierzentrum.org

Nachhaltige Energieversorgung für Baden-Württemberg: bezahlbar, sicher, umweltverträglich

Deutschland ist ein Industrieland. Baden-Württemberg steht hierbei bundesweit mit an der Spitze. Die Wertschöpfung in der Industrie bildet die Grundlage für Wohlstand und Lebensqualität in Baden-Württemberg. Eine sichere und bezahlbare Energieversorgung ist hierfür unerlässlich.

Nach dem großen Kernkraftunfall in Japan wollen die Deutschen mehrheitlich einen schnelleren Umbau der Energieversorgung, weg von der Kernenergie. Unabhängig von der Schnelligkeit, mit der jetzt ein Ausstieg aus der Kernenergie erfolgt, muss eine sichere und bezahlbare Energieversorgung für die Industrie in Deutschland und Baden-Württemberg aufrechterhalten werden.

In verantwortungsvoller Weise haben bisher die Unternehmen der Chemie- und der Papierindustrie sowie die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie in vielen Fragen den Nachweis erbracht, dass gemeinsam strategisch bedeutsame und wirtschaftlich anspruchsvolle Ziele im Konsens zu erreichen sind.

Mit der von der Politik beschlossenen Energiewende werden ab diesem Zeitpunkt langfristige und dauerhaft wirkende Veränderungen eingeleitet. Im Wissen um die Bedeutung der industriellen Wertschöpfung (die Industrie trägt mit über einem Viertel zum gesamtwirtschaftlichen Ergebnis bei) wollen der AGV Chemie Baden-Württemberg, der AGP Baden-Württemberg, die IG BCE Baden-Württemberg, der VCI Baden-Württemberg sowie der WVP Baden-Württemberg zur energiepolitischen Situation ihre Positionen erläutern.

Chemie- und Papierindustrie: Bedeutende Branchen in Baden-Württemberg.

Die baden-württembergische Chemie- und Papierindustrie sind zwei bedeutende Branchen im Land. Zusammen erwirtschaften sie einen Jahresumsatz von ca. 36 Mrd. Euro und beschäftigen ca. 110.000 Menschen, davon ca. 3.500 Auszubildende. Die Mitarbeiter beider Branchen sind hochqualifiziert und leisten hochwertige, gute Arbeit. Die tariflichen Standards und sozialen Rahmenbedingungen für die Mitarbeiter sind weltweit beispielgebend als Anspruch an gute und menschenwürdige Arbeitsbedingungen. Dies sind gemeinsame Werte für eine funktionierende soziale

Marktwirtschaft. Auch zur Erhaltung dieser hochwertigen Arbeitsplätze muss eine sichere und bezahlbare Energieversorgung gewährleistet werden.

Die Unternehmen beider Branchen wandeln Rohstoffe in wertvolle, für die Gesellschaft notwendige und nützliche Produkte um. Dazu ist jedoch aus technischen Gründen ein erheblicher Einsatz an Energie erforderlich. Strom und Gas sind die Hauptenergieträger. Über ein Viertel des Endenergieverbrauchs der baden-württembergischen Industrie entfällt auf die Chemie- und Papierindustrie. Gerade diese beiden Branchen stehen häufig am Beginn der Wertschöpfungskette. Dort wird durch die Aufarbeitung von Rohstoffen in Grundstoffe die meiste Energie verbraucht.

Hohe Vorleistungen der Industrie.

Die Verbesserung der Energieeffizienz hat in der Chemie- und Papierindustrie eine lange Tradition. Allein die deutsche chemische Industrie hat ihren Gesamtenergieverbrauch in der Zeit von 1990 bis 2009 um 33 Prozent reduziert und ihren Strombedarf dabei nahezu konstant gehalten. Gleichzeitig wurde die Produktion um 42 Prozent erhöht. Produktion und Ressourcenverbrauch wurden somit entkoppelt. Die energiebedingten CO₂-Emissionen sind gleichzeitig sogar um fast 50 Prozent gesunken. Nur so ist es heute überhaupt noch möglich, wettbewerbsfähig am Standort Deutschland zu produzieren. Ähnliches gilt für die deutsche Zellstoff- und Papierindustrie. Die Branche hat von 1990 bis 2010 den spezifischen Energieeinsatz um 35 Prozent mindern können. Der spezifische CO₂-Ausstoß konnte im gleichen Zeitraum sogar um 42 Prozent reduziert werden. Gleichzeitig stieg die Produktion von knapp 13 Mio. Tonnen auf mehr als 23 Mio. Tonnen.

Der Wille und die Tendenz zur Effizienzsteigerung sind bei den Chemie- und Papierunternehmen sehr ausgeprägt. Dazu gehört zum Beispiel die Entwicklung hochwirksamer Katalysatoren, durch die der Energieverbrauch bei einigen chemischen Prozessen drastisch gesenkt werden konnte. Weitere Beispiele für Energieeffizienzverbesserungen in der Chemie sind neue Verfahren zur Chlorherstellung, die Nutzung von Strom und Dampf aus Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen, zum Beispiel Gas-und-Dampf-Kombikraftwerken. Einen großen Beitrag zur Effizienz leisten darüber hinaus die Verbundsysteme an den Standorten der Chemie (auch Chemieparcs), die Stoff- und Energieströme ressourcenschonend nutzen. Mineralölprodukte werden hier als Rohstoffe genutzt und zugleich als Energieträger für die Strom- und Dampferzeugung eingesetzt. Die bei der Produktion entstehende Prozesswärme wird nicht an die Umwelt abgegeben, sondern zurück gewonnen und den Betrieben erneut als Energie zur Verfügung gestellt.

Die Zellstoff- und Papierindustrie hat in den letzten Jahrzehnten vermehrt Brennstoffe mit hohem Kohlenstoffgehalt wie Kohle durch kohlenstoffärmere Brennstoffe wie Erdgas ersetzt. Außerdem konnte der Anteil biogener Brennstoffe stetig erhöht werden, er liegt aktuell bei ca. 25 Prozent aller eingesetzten Brennstoffe. Weiterhin

wird eigenerzeugter Strom zu über 90 Prozent in effizienten Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen hergestellt. Ein weiterer Punkt zur Verbesserung der Effizienz ist die Erhöhung des Altpapiereinsatzes bei der Papierherstellung. 2010 betrug die Altpapiereinsatzquote 70 Prozent. Damit nimmt Deutschland international eine Spitzenstellung ein. Die Papier- und Zellstoffindustrie zeichnet sich grundsätzlich durch einen hohen Einsatz nachwachsender Rohstoffe aus und leistet hiermit einen großen Beitrag zu einer nachhaltigen Wertschöpfungskette.

Investitionsentscheidungen von Unternehmen hängen aber natürlich immer von wirtschaftlichen Gesichtspunkten ab. Dies betrifft auch Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen. Nach den Erfolgen der letzten 20 Jahre wird das Potenzial, die Effizienz noch weiter nach oben zu treiben, immer geringer und damit auch teurer zu realisieren sein.

Produkte der Industrie für Energieeffizienz und Klimaschutz unverzichtbar.

Mit ihren Produkten trägt die chemische Industrie zu Energieeffizienz und Energieeinsparung in allen Bereichen der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens bei. Bei der Nutzung der meisten Chemieprodukte wird ein Mehrfaches von dem an Energie eingespart, was zu ihrer Herstellung benötigt wurde: Solarzellen und Windkraftanlagen für die Stromerzeugung, Hochleistungsbatterien, Brennstoffzellen, Leichtbau für die Elektromobilität, Dämmstoffe oder Wärmespeicher für energiesparsames Wohnen – solche Innovationen sind nur mit dem Know-how und den Produkten der Chemie möglich.

Standort Deutschland / Baden-Württemberg muss gestärkt werden.

Ziel muss es sein, diese Produkte auch zukünftig innerhalb einer funktionierenden Wertschöpfungskette in Deutschland bzw. Baden-Württemberg zu produzieren. Gerade in den Zeiten der jüngsten Wirtschaftskrise hat sich die hohe Bedeutung einer stabilen Industrie gezeigt. Hierum beneidet uns die gesamte Welt. Eine wesentliche Voraussetzung für eine funktions- und wettbewerbsfähige Industrie ist eine sichere und bezahlbare Energieversorgung.

Voraussetzungen für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung

1. Die Industrie braucht eine stabile Versorgung mit Grundlaststrom.

In der energieintensiven Industrie wie Chemie und Papier muss der Strom das ganze Jahr und rund um die Uhr zur Verfügung stehen. Nur so können Produktionsanlagen in effizienter Weise betrieben werden. Selbst kurzfristige Stromschwankungen können zahlreiche Prozesse der Industrie empfindlich stören und sogar zum Erliegen bringen.

Der größte Teil der erneuerbaren Energien ist gegenwärtig ungeeignet für die Grundlastversorgung. Versorgungssicherheit lässt sich nach dem Wegfall der Kernenergie bis 2022 nur durch Gas- und Kohlekraftwerke gewährleisten, solange es zu wenige Speichermöglichkeiten für erneuerbare Energien gibt. Weil das noch mehrere Jahrzehnte dauern wird und die bestehenden Kraftwerke schon heute zum Teil überaltert sind, brauchen wir eine Generation neuer Gas- und Kohlekraftwerke. Außerdem muss das heutige Stromnetz zur Nutzung der in der Regel dezentral erzeugten erneuerbaren Energie umfassend ausgebaut werden – dem stehen allerdings aktuell eine mangelnde Akzeptanz in der Bevölkerung und bürokratische Genehmigungsverfahren entgegen. Deshalb sind die Ziele und der Zeitplan der Bundesregierung für die Energiewende äußerst ehrgeizig.

Fakt ist, dass bisher von den erheblichen Kapazitäten an erneuerbaren Energien nur weniger als 10 Prozent permanent verfügbar und zur Versorgung der energieintensiven Industrie geeignet sind.

2. Industriestrom muss zu wettbewerbsfähigen Preisen verfügbar sein.

Die Chemie- und Papierindustrie steht mit ihren Produkten im harten internationalen Wettbewerb. Im Gegensatz zur Stromwirtschaft, in der sich Preise rein regional bilden und jegliche Kosten über die Strompreise weitergegeben werden können, müssen sich Industrieprodukte auf dem Weltmarkt behaupten. Energie stellt für die Chemie- und Papierindustrie einen wesentlichen Kosten- und Wettbewerbsfaktor dar. Er entscheidet mit darüber, ob sich Unternehmen mit ihrer Produktion an deutschen bzw. baden-württembergischen Standorten im globalen Wettbewerb behaupten können. Ist diese Voraussetzung nicht mehr sicher, wandern Arbeitsplätze in hoher Zahl in andere Länder ab.

Eine Erhöhung des Strompreises um einen Cent pro Kilowattstunde kostet allein die deutsche chemische Industrie zusätzlich rund 500 Mio. Euro pro Jahr. Die deutsche Zellstoff- und Papierindustrie würde mit bis zu 150 Mio. Euro pro Jahr zusätzlich belastet. Zudem wird der Ersatz von Kernkraftwerken durch fossil befeuerte

Kraftwerke zu einem Anstieg der CO₂-Emissionen führen. Das wird die Preise für Emissionshandelszertifikate erhöhen, was zusätzlich zu höheren Strompreisen führen wird.

All diese Kosten können aufgrund des internationalen Wettbewerbs nicht an die Kunden weitergegeben werden. Die deutschen Strompreise sind bereits jetzt im internationalen Vergleich sehr hoch. Dies liegt insbesondere an den staatlichen Zusatzbelastungen. Allein das Energie- und Stromsteuergesetz, das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG), der EU-Emissionshandel und das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz (KWKG) kosten die chemische Industrie in Deutschland aktuell ca. 1,3 Mrd. Euro, Tendenz stark steigend. Die Zellstoff- und Papierindustrie wird im Jahr 2011 durch die EEG-Abgabe mit 50 Mio. und durch die Energie- und Stromsteuern mit 46 Mio. Euro belastet. Der Anteil der Energiekosten insgesamt am Umsatz wird 2011 ca. 13 Prozent betragen.

Um die Zusatzbelastungen zumindest nicht weiter steigen zu lassen, sind insbesondere folgende Maßnahmen notwendig:

- **EEG / KWKG:** Die industrielle Eigenerzeugung muss vom EEG / KWKG befreit bleiben. Das langfristige Ziel der Förderung erneuerbarer Energien muss sein, dass sie sich ohne dauerhafte Förderung am Markt behaupten können. Die bisherigen Regeln zur Belastungsbegrenzung beim EEG / KWKG müssen dauerhaft beibehalten werden. Insgesamt dürfen die Ausgaben für erneuerbare Energien auch die Unternehmen nicht überlasten, die nicht der Härtefallregelung unterliegen.
- **EU-Emissionshandel:** Für stromintensive Anlagen muss die Bundesregierung im Einklang mit dem EU-Beihilferecht einen finanziellen Ausgleich gewähren. Es ist sicherzustellen, dass die Kompensation die volle Höhe der entstandenen Kosten abdeckt und für die gesamte dritte Handelsperiode gilt.
- **Energie- und Stromsteuern:** Auch ab 2013 muss die Belastung von stromintensiven Unternehmen des produzierenden Gewerbes in Deutschland durch die Energiesteuer begrenzt werden, indem der Energiesteuer-Spitzenausgleich erhalten bleibt. Energiemanagementsysteme zur Fortführung des Spitzenausgleichs nach 2012 müssen flexibel, praktikabel und kosteneffizient ausgestaltet sein. Zudem darf es keine quantitativen Vorgaben zur Steigerung der Energieeffizienz für Unternehmen geben. Die Chemische und die Papierindustrie streben hierzu unter Beteiligung anderer Branchen eine Kooperationsvereinbarung mit der Bundesregierung an.
- **Monitoring:** Der von der Bundesregierung beschlossene Monitoring-Prozess „Energie der Zukunft“ muss die Maßnahmen zur Erreichung der energiepolitischen Ziele nicht nur rückblickend auf ihre Wirkung prüfen und bewerten, sondern auch die notwendigen Schritte für die Zukunft darlegen. Mit dem

Monitoring verbundene Detailfragen, zum Beispiel welche Indikatoren für Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit bei der Umstellung zu berücksichtigen sind, sollten schnellstmöglich geklärt werden.

Hohe Energiekosten belasten jedoch nicht nur die Industrie. Steigende Mehrbelastungen treffen in hohem Maße auch die Abnehmer in Haushalten sowie die Kommunen. Kaufkraftverluste durch ungesteuerte Energiekostenerhöhungen führen nachhaltig zu sinkendem Konsum und somit zur negativen Beeinflussung auf das Wirtschaftswachstum. Die steigenden Kosten für Leistungsempfänger im sozialen Bereich werden an die Kommunen weitergereicht und wirken damit ebenfalls investitionshemmend.

3. Es darf keinen regionalen Sonderweg in Baden-Württemberg geben.

Der Ersatz von Kernkraftwerken durch fossil befeuerte Kraftwerke wird zu einem Anstieg der CO₂-Emissionen führen. Dies muss sowohl in der EU als auch national berücksichtigt werden. Keinesfalls darf es zu landespezifischen noch anspruchsvolleren Klimaschutzzielen in Baden-Württemberg kommen, die dann z.B. in Verbindung mit einem Landesklimaschutzgesetz und hieraus gegebenenfalls resultierenden verpflichtenden Maßnahmen die regionale Industrie zusätzlich belasten würden.

Im Zusammenhang mit den jüngst vorgelegten Eckpunkten zum Landesklimaschutzgesetz werden neben anderen Bereichen auch für den Sektor Industrie Minderungsziele festgelegt. Dies sehen wir kritisch, insbesondere wenn sich hieraus durch das aktuell ebenfalls in der Erarbeitung befindliche Integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept (IEKK) verpflichtende, regionale CO₂-Minderungen ergeben, die die Produktion der Industrie in Baden-Württemberg verteuern würden.

Die vom Land angedachten CO₂-Minderungsziele basieren auf einer absoluten Energieeinsparungsverpflichtung von 18 Prozent zwischen 2010 und 2020 sowie von 36 Prozent zwischen 2010 und 2050 für die gesamte Industrie in Baden-Württemberg. Diese deutliche Verknappung der absoluten Energiemenge käme einer Wachstumsbremse für die hiesige Wirtschaft gleich. Damit Produktionswachstum auch zukünftig möglich ist, fordern wir, dass industrielle Energieeffizienzsteigerungen nur dann festgelegt werden, wenn sie in Relation zu einem Wirtschaftswachstumsindex gesetzt werden. Hierbei muss zudem darauf geachtet werden, dass die globale Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Industrie nicht beeinträchtigt wird.

Zudem ist bei einem Landesklimaschutzgesetz darauf zu achten, dass aufgrund von EU-Regelungen (z.B. EU-Emissionshandel) sowie von Bundesregelungen (z.B. Bundes-Immissionsschutzgesetz) erbrachte CO₂-Minderungsleistungen entsprechend berücksichtigt werden.

Andernfalls würde ein klarer Standortnachteil für energieintensive Unternehmen in Baden-Württemberg entstehen. Der Fokus der Klimaschutzbemühungen muss vielmehr darauf gerichtet sein, dass ein verbindliches internationales Klimaschutzabkommen geschlossen wird.

Der Klimawandel ist eine internationale Herausforderung, die internationales Handeln verlangt. Regionale Maßnahmen können das Problem nicht lösen, sondern würden es lediglich verlagern.

4. Die Energiewende muss im gesellschaftlichen Konsens erfolgen.

Der aktuell voranschreitende Umbau der Energieversorgung weg von der Kernenergie erfordert erhebliche Investitionen in neue Kohle- und Gaskraftwerke sowie in Infrastruktur und Stromspeicher. Das bedingt ein deutlich höheres Maß an gesellschaftlicher Akzeptanz für technische Großprojekte als derzeit zu beobachten ist. An dem notwendigen Diskussionsprozess müssen alle wesentlichen gesellschaftlichen Gruppen beteiligt werden. Hierzu gehören auch die energieintensiven Industrien.

Die Energiewende sollte als lebendiger Prozess gestaltet werden, in dessen Verlauf zu vorab festgelegten Bezugspunkten regelmäßig Standortbestimmungen vorgenommen werden. Kurskorrekturen müssen möglich sein, wenn sich aus der Standortbestimmung nicht erwartete bzw. nicht erwünschte Entwicklungen ergeben.

Wir wollen gemeinsam mit den politisch Verantwortlichen in unserem Bundesland, auf der Bundes- und Europaebene für langfristig kalkulierbare, sozial- und versorgungssichere Rahmenbedingungen in der Energiepolitik eintreten.

Baden-Baden, Stuttgart, Gernsbach, 09. März 2012

Thomas Mayer
Hauptgeschäftsführer

Arbeitgeberverband Chemie
Baden-Württemberg e.V.
Verband der Chemischen Industrie e.V.
Landesverband Baden-Württemberg

Catharina Clay
Landesbezirksleiterin

Industriegewerkschaft
Bergbau Chemie Energie
Landesbezirk Baden-Württemberg

Stephan Meißner
Hauptgeschäftsführer

Arbeitgeberverband der Papierindustrie
Baden-Württemberg e.V.
Wirtschaftsverband Papier
Baden-Württemberg e.V.

Pressekonferenz zur Vorstellung gemeinsamer energiepolitischer Positionen Freitag, 9. März 2012, 11:30 Uhr, Stuttgart

Die heutigen Gesprächspartner sind:

Catharina Clay



Landesbezirksleiterin
Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
Baden-Württemberg,
Stuttgart

Thomas Mayer



Hauptgeschäftsführer
Arbeitgeberverband Chemie Baden-Württemberg e. V.
Verband der Chemischen Industrie e. V.,
Landesverband Baden-Württemberg,
Baden-Baden

Stephan Meißner



Hauptgeschäftsführer
Arbeitgeberverband der Papierindustrie
Baden-Württemberg -AGP- e. V.
Wirtschaftsverband Papier
Baden-Württemberg -WVP- e. V.,
Gernsbach

**Catharina Clay,
Landesbezirksleiterin
Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
Baden-Württemberg**

Pressekonferenz
zur Vorstellung gemeinsamer energiepolitischer Positionen
9. März 2012, Stuttgart

Sehr geehrte Damen und Herren,

Vor einem Jahr hat das verheerende Erdbeben vor der japanischen Küste im Kernkraftwerk Fukushima eine nukleare Katastrophe ausgelöst.

Folge war eine weltweite Diskussion um die Kernenergie – vor allem in Deutschland.

Die Entscheidungen hierzulande haben sich überschlagen. Nach der eben erst beschlossenen Laufzeitverlängerung durch die Bundesregierung kam nun das sofortige Aus für die ältesten Atommeiler. Im zweiten Schritt sollen die übrigen Kernkraftwerke innerhalb von 10 Jahren vom Netz.

Seitdem sprechen wir von der Energiewende.

Nicht nur im Sinne des Verzichts auf Kernkraft, denn es geht um viel mehr als um ein bloßes „Abschalten“.

Mit der Energiewende verbinden wir – langfristig – die Energieversorgung auf Basis erneuerbarer Energieträger.

Ein Engagement, das laut repräsentativer TNS Infratest-Umfrage 94 Prozent der Deutschen für „wichtig“ oder „sehr wichtig“ halten. Und deshalb alle Parteien befürworten, auch wir als IG BCE.

Wir wollen die Energiewende und wir wollen, dass sie überall, auch in Baden Württemberg, gelingt.

Wir unterstützen den Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022 – so wie ihn Ethikkommission und Atomgesetz empfohlen bzw. vorgesehen haben.

Gemeinsam mit unseren Arbeitgeberverbänden aus der Chemie- und Papierindustrie wollen wir als IG BCE nicht nur Beschlüsse fassen, sondern diese auch nachhaltig und zum Erfolg aller Beteiligten umsetzen.

Deshalb haben wir ein Positionspapier zur Energiepolitik erarbeitet, das unsere gemeinsamen Interessen deutlich macht.

Wir wollen, dass Baden Württemberg als Standort für die Industrie attraktiv ist – und bleibt.

Unser Land bietet derzeit in jeder Hinsicht gute Rahmenbedingungen, die im Wettbewerb mit anderen Standorten oftmals für uns sprechen.

Energieintensive Betriebe wie die der Chemie- und Papierindustrie wissen um die bisher immer gewährleistete, absolute Sicherheit der hiesigen Energieversorgung.

Das muss auch bis 2022 und darüber hinaus so bleiben.

Wir sind der festen Überzeugung: Die Energiewende gelingt nur dann, wenn sie die drei wesentlichen Säulen, die sie tragen müssen, in Einklang bringt:

1. Die Energiewende darf kein Wachstumshemmnis sein. Auch Mittelständler und Großkonzerne müssen die Möglichkeit haben, langfristig in Deutschland zu wettbewerbsfähigen Energiepreisen zu produzieren. Eine verlässliche Energieversorgung, die auch bei Spitzenlast stabil in ausreichender Menge zur Verfügung steht, ist für uns unerlässlich.

2. Natürlich muss der gesamte Prozess der Energiewende umweltverträglich sein. Die Menschen wollen keine Energie, deren Erzeugung oder Entsorgung der Rückstände Gefahr für ihre Gesundheit bedeutet.

Aber: Die Erneuerbaren werden so schnell weder Grundlast noch Reservekapazitäten decken können. Auch 2022 noch nicht. Um kurz- bis mittelfristig, vielleicht auch noch langfristig eine Energieversorgung ohne Wenn und Aber sicherzustellen, müssen wir deshalb die Technologien für Kohle und Gas modernisieren. Natürlich mit dem Ziel, diese energieeffizienter und emissionsärmer zu machen.

3. Die Politik muss die Energiewende sozial ausgewogen und verantwortungsbewusst gegenüber den Menschen in unserer Gesellschaft gestalten.
 - Die Menschen haben ein Interesse daran, dass ihr bisher erreichter Lebensstandard erhalten bleibt, auch wenn die Energiewende Veränderungen mit sich bringt.

Wenn es um die verlässliche Versorgung mit Energie und Wärme zu bezahlbaren Preisen geht, akzeptieren die Verbraucher keine Abstriche.

- Die Energiewende darf Arbeitsplätze nicht gefährden. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer finanzieren den Staat und die Sozialsysteme mit. Wir dürfen also die Grundlage unserer Sozialen Marktwirtschaft nicht aufs Spiel setzen.
- Auch neue Arbeitsplätze, die die Energiewende zweifelsohne schafft, müssen den ethischen Grundsätzen der Sozialpartnerschaft entsprechen. Die Rechte von Arbeitnehmern und ihren Interessenvertretungen sind selbstverständlicher Bestandteil dieses Konsenses.
- Energie muss weit über die Energiewende hinaus den Wohlstand in Deutschland sichern.

Die Chemische und die Papiererzeugende Industrie bieten mehr als 110.000 Menschen in Baden- Württemberg gute Arbeit zu tarifgebundenen Bedingungen.

Direkt damit verbunden sind Familien, Zulieferer und Kunden, die ebenfalls auf diese Industrien angewiesen sind.

Meine Damen und Herren,
die chemische Industrie und die papiererzeugende Industrie haben bereits in der Vergangenheit viel in Schadstoffreduzierung und Energieeffizienz investiert. Herr Meißner und Herr Mayer werden das darstellen.

Unsere Kolleginnen und Kollegen in diesen Branchen tragen schon jetzt mit ihren Kompetenzen und Qualifikationen dazu bei, dass die Energiewende überhaupt möglich ist.

Aber: Wenn ein regionaler Sonderweg zu höheren Belastungen führen sollte, könnte das Abwandern von Industrie mit ihrer Forschung und Entwicklung und mit ihren Fachkräften die Folge sein. Und genau das kann sich unser Bundesland nicht leisten.

Fallen hochleistungsfähige Betriebe und innovative Köpfe weg, scheitert die Energiewende. 2008 hat die EU die Richtlinie für den Emissionshandel beschlossen. Damals sind alle davon ausgegangen, dass Regionen wie Nordamerika und Länder wie China und Indien mit ähnlichen Systemen zur Begrenzung der Treibhausgasemissionen folgen. Jetzt allerdings zeichnet sich das eher nicht ab. Wenn niemand dem Vorbild der EU folgt, müssen wir uns erlauben, den Emissionshandel und insbesondere die Laufzeit kritisch zu hinterfragen.

Solange es den Emissionshandel und somit eine feste Begrenzung des CO₂-Ausstoßes in der EU gibt, brauchen wir keine weiteren Instrumente mit absoluten Minderungsvorgaben auf Bundes- oder gar Landesebene. Das würde aus unserer Sicht die Gefahr bergen, dass Unternehmen abwandern. Möglicherweise finden arbeitsplatzsichernde Investitionen gar nicht mehr erst in Deutschland oder in Baden-Württemberg statt.

Aus Sicht der IG BCE dürfen wir uns dieses Risiko nicht leisten.

Wir können auf Investitionen und damit verbundene Innovationen nicht verzichten, von den Arbeitsplätzen ganz zu schweigen.

Ich betone noch einmal: Die Energiewende kann nur gelingen, wenn sie das Ziel einer intakten Umwelt in Einklang bringt mit gesunder Wirtschaftskraft und sozialer Gerechtigkeit.

Vielen Dank.

**Thomas Mayer,
Hauptgeschäftsführer
Chemie-Verbände Baden-Württemberg**

Pressekonferenz
zur Vorstellung gemeinsamer energiepolitischer Positionen
9. März 2012, Stuttgart

Sehr geehrte Damen und Herren,

die chemische Industrie ist einer der Innovationsmotoren für die gesamte Industrie in Deutschland. Gleichzeitig sind wir die Industriebranche mit dem höchsten absoluten Energiebedarf in Deutschland. In ganz Deutschland hat die Chemie Anteile von etwa 15 Prozent beim Gas- und 8 Prozent beim Stromverbrauch. Das kostet derzeit etwa 8 Milliarden Euro.

Sie sehen: uns können weder aktuell die Energiekostenentwicklung noch die strategische Ausrichtung der gesamten Energieversorgung in Deutschland egal sein.

Unsere Branche steht am Anfang der Wertschöpfungskette und steckt die Energie in die Grund- und Werkstoffe, von der alle nachfolgenden Stufen der industriellen Produktion – wie der Maschinenbau oder die Automobilindustrie - profitieren. Diese Vorleistungen belasten erst einmal unser Energiekonto.

Und dabei haben wir unseren Energieeinsatz immer effizienter gestaltet.

**Produktion und
Energieverbrauch
entkoppelt**

Das können wir mit Zahlen untermauern: Die deutsche chemische Industrie hat nachhaltig Produktion und Energieverbrauch entkoppelt.

Innerhalb der letzten 20 Jahre ist die Produktion um 42 Prozent gestiegen. Der Energieverbrauch sank dagegen um 33 Prozent. Wir haben damit – als gesamte Branche – unsere Treibhausgas-Emissionen um 47 Prozent gesenkt.

Von Deutschland nach Baden-Württemberg: Hier wird beispielsweise die industrielle Biotechnologie intensiv eingesetzt. Das sind zukunftsweisende Innovationen:

Wo früher z.T. bei hohen Temperaturen und hohen Drucken in organischen Lösemitteln produziert wurde, wird heute durch biotechnologische Verfahren bei gleicher oder sogar verbesserter Produktqualität in wässrigem Medium unter Normaldruck bei Raumtemperatur produziert. Dies spart Energie, energieintensive Hilfsstoffe und produziert deutlich weniger Abfälle.

**Chemie hilft,
Klimaprobleme
zu lösen**

Unsere Industrie kann helfen, Klimaprobleme zu lösen. Sie verursacht sie nicht!

Chemieprodukte sparen in ihrem Lebenszyklus dreimal mehr Treibhausgase ein, als durch Rohstoffförderung, Aufbereitung, Produktion und Entsorgung entstehen. Das hat eine weltweite Ökoeffizienzanalyse deutlich gemacht.

Bei einzelnen Produkten ist die Einsparung noch viel deutlicher: Moderne Dämm-Materialien sparen über ihre gesamte Lebenszeit mehr als zweihundertmal so viel Treibhausgase ein wie bei ihrer Produktion entstehen.

Ein weiteres Beispiel: Mit zunehmender Sicherheit sind Automobile immer schwerer geworden. In den vergangenen Jahren hat es die Chemie geschafft, durch spezielle Kunststoffe das Gewicht einzelner Bauteile im Auto um bis zu 80 Prozent zu reduzieren. Kohlenstoff-Fasern und Struktur-Klebstoffe senken Gewicht, Kosten und erhöhen die Sicherheit weiter.

„Grüne“ Reifen optimieren Haftung, Verschleiß und Rollwiderstand: Mehr Sicherheit, eine bessere Wirtschaftlichkeit und bis zu 8 Prozent Kraftstoffeinsparung sind die Folge.

Wir wollen diese Produkte weiterhin in Deutschland produzieren.

Sichere und bezahlbare Energie

Eine zentrale Forderung ist daher für die Chemieindustrie eine sichere und bezahlbare Energieversorgung. Woher diese Energie kommt, ist erst einmal sekundär.

Wir sind eine Branche, die den Klimaschutz ernst nimmt und unter anderem mit der Initiative Responsible Care – Verantwortliches Handeln – über gesetzliche Vorgaben hinausgeht, was Umweltschutz und Sicherheit betrifft. Daher müssen wir selbstverständlich die in breitem Konsens gefasste Energiewende hin zu erneuerbaren Energien akzeptieren.

Damit die Energiewende aber nicht zu Lasten von Industrie, Arbeitnehmern und Verbrauchern ausgetragen wird, haben wir klare Forderungen an die Politik:

Stabile Versorgung mit Grundlaststrom

Die Industrie braucht eine stabile Versorgung mit Grundlaststrom. Die Produktionen gerade der chemischen Industrie sind auf eine unterbrechungsfreie und kalkulierbare Stromversorgung angewiesen: manche Prozesse müssen unter kontrollierten Bedingungen über Stunden oder sogar Tage hinweg laufen. Unterbrechungen wären fatal.

Industriestrom zu wettbewerbsfähigen Preisen

Industriestrom muss zu wettbewerbsfähigen Preisen verfügbar sein. Die Chemie in Deutschland hat heute bereits durch EEG-Umlage, Emissionshandel und Energie- bzw. Stromsteuer Mehrkosten von 1,3 Mrd. Euro pro Jahr.

Die Tendenz ist steigend. Die Stromnetze müssen ausgebaut, Kraftwerke erneuert oder neu gebaut und Speichermöglichkeiten geschaffen werden. Hinzu kommen zusätzliche CO₂-Zertifikate, die durch den Wegfall der Kernkraft und durch deren Substitution durch fossile Kraftwerke gekauft werden müssen.

Konkret: Eine Erhöhung des Strompreises um lediglich 1 Cent pro Kilowattstunde erhöht die Produktionskosten in der deutschen chemischen Industrie um etwa 500 Millionen Euro pro Jahr.

Die energieintensiven Branchen sind damit besonders negativ von den staatlich auferlegten Mehrkosten der Energiepreise betroffen. Die bisherigen Minderungen bei den steigenden Belastungen dürfen daher nicht wegfallen. Wir wollen weiter in Deutschland produzieren, ich sagte es bereits. Daher muss – für die Arbeitsplätze, für die Unternehmen und für das Klima – hier differenziert werden.

**Keine
regionalen
Sonderwege
beim
Klimaschutz**

Es darf keine regionalen Sonderwege in Baden-Württemberg geben. Die Landesregierung hat kürzlich Eckpunkte für ein zukünftiges Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg festgelegt. Der Gesetzestext selbst liegt noch nicht vor. Wir stehen im konstruktiven, aber auch kritischen Dialog mit der Landesregierung. Und haben eine Meinung zu den bisher bekannten Punkten:

Es darf keinesfalls anspruchsvollere Klimaschutzziele für das Land geben, als sie im Bund oder auf EU-Ebene gelten. Die Besonderheiten im Land wie beispielsweise der überproportional hohe Industrieanteil gegenüber dem Bundesdurchschnitt und der bisher sehr hohe Kernenergieanteil in Baden-Württemberg müssen ausreichend berücksichtigt werden.

Besonders kritisch sehen wir spezielle CO₂-Minderungsziele für die Industrie. Das könnte dazu führen, dass regional verpflichtende Maßnahmen die Produktion im Land verteuern.

Daher muss auch in einem grünen Baden-Württemberg gelten: Klimaschutz ist und bleibt ein globales Thema. Es kann auch nur sinnvoll auf dieser Ebene angegangen werden.

Klimaschutzvorschriften im Regionalen können sinnvoll sein, wenn sie Bereiche betreffen, in denen sie tatsächlich Einfluss nehmen können. Dazu gehört beispielsweise der private Bereich, der nicht im globalen Wettbewerb steht – nicht die Industrie.

Hinzu kommt, dass wir bereits zahlreichen Regelungen der Europäischen Union und des Bundes unterliegen. Der EU-Emissionshandel ist ein Beispiel, das Bundesimmissionsschutzgesetz ein anderes.

Meine Damen, meine Herren,

**Breiter Konsens
für die
Energiewende –
auch mit der
Industrie**

die Energiewende muss im gesellschaftlichen Konsens erfolgen. Sie ist bisher durch einen breiten gesellschaftlichen Konsens mitgetragen. Für ihre Folgen und die notwendigen Umgestaltungen muss dasselbe gelten: alle wesentlichen gesellschaftlichen Gruppen müssen mitwirken und beteiligt werden.

Hierzu gehören selbstverständlich auch die energieintensiven Industrien.

**Stephan Meißner,
Hauptgeschäftsführer
Papierverbände Baden-Württemberg**

Pressekonferenz
zur Vorstellung gemeinsamer energiepolitischer Positionen
9. März 2012, Stuttgart

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich darf Sie im Namen der Papier- und Zellstoffindustrie zu unserer Pressekonferenz begrüßen.

Die Papierindustrie ist bei Umsatz und Mitarbeiterzahl deutlich kleiner als die Chemieindustrie. Gleichwohl stellt die Papierindustrie eine wichtige Grundstoffindustrie dar. Die deutsche Papierindustrie ist viertgrößter Papierproduzent weltweit und mit Abstand größter Papierproduzent in Europa. Baden-Württemberg ist nach wie vor Kernland der Papierindustrie in Deutschland mit knapp 25 Prozent der Betriebe und 25 Prozent der Beschäftigten.

Einer Grundstoffindustrie sind viele andere Industrie- und Dienstleistungszweige angelagert mit einer deutlich höheren Zahl von Arbeitsplätzen.

Die Papierindustrie hat es mit den anderen Industriebranchen geschafft, die Wirtschaftskrise zu überwinden. Produktion und Umsatz haben wieder das Vorkrisenniveau erreicht. Hierzu trug auch die gelebte Sozialpartnerschaft mit der IG BCE bei mit Bewältigung der Kurzarbeit, Ausnutzung von Arbeitszeitkonten und der Nutzung von Öffnungsklauseln.

Die Papierindustrie steht im weltweiten Wettbewerb.
50 Prozent unseres Papierverbrauchs wird importiert.
60 Prozent unserer Produktion wird exportiert.

Die alte Landesregierung war Vorreiter im Umweltschutz in ganz Deutschland. Unsere Betriebe müssen Sonderlasten tragen, wie sie in anderen Bundesländern nicht üblich sind. Beispiele hierfür sind der Wasserpfennig und die pionierhafte Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Die neue grün-rote Landesregierung will das hohe Umweltschutzniveau natürlich noch erhöhen. Hier besteht die Gefahr der Überforderung unserer Betriebe.

Letztlich ist alles eine Frage der Kosten. So bezahlen wir jetzt schon auf dem Energiesektor 1/3 höhere Stromkosten als in Finnland und Frankreich und 1/4 höhere als in Schweden.

Wir gehören zusammen mit der chemischen Industrie und der Metallerzeugung zu den energieintensivsten Industriebranchen überhaupt. Durchschnittlich betragen die Energiekosten in der Papierindustrie 13 Prozent des Umsatzes, zum Teil liegen sie deutlich höher.

Wir mussten schon immer sämtliche Potenziale der Energieeinsparung und Steigerung der Effizienz ausschöpfen. So ist in den Jahren 1990 bis 2010 der spezifische Energieeinsatz um 35 Prozent gesenkt worden; der spezifische CO₂-Ausstoß sogar um 42 Prozent. Die technischen Grenzen bei Energieeinsparung und CO₂-Minderung in der Produktion sind weitgehend ausgeschöpft.

Kohle wurde durch kohlenstoffärmere Brennstoffe wie Erdgas ersetzt. Der Anteil biogener Brennstoffe ist gesteigert worden, er liegt aktuell bei 25 Prozent aller eingesetzten Brennstoffe.

Durch eigene Kraftwerke wird eigenerzeugter Strom hergestellt, zu über 90 Prozent in effizienten Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen.

Auch die Erhöhung des Altpapiereinsatzes führt zur Effizienzsteigerung. Die Altpapiereinsatzquote lag 2010 bei 70 Prozent. Deutschland nimmt damit international eine Spitzenstellung ein.

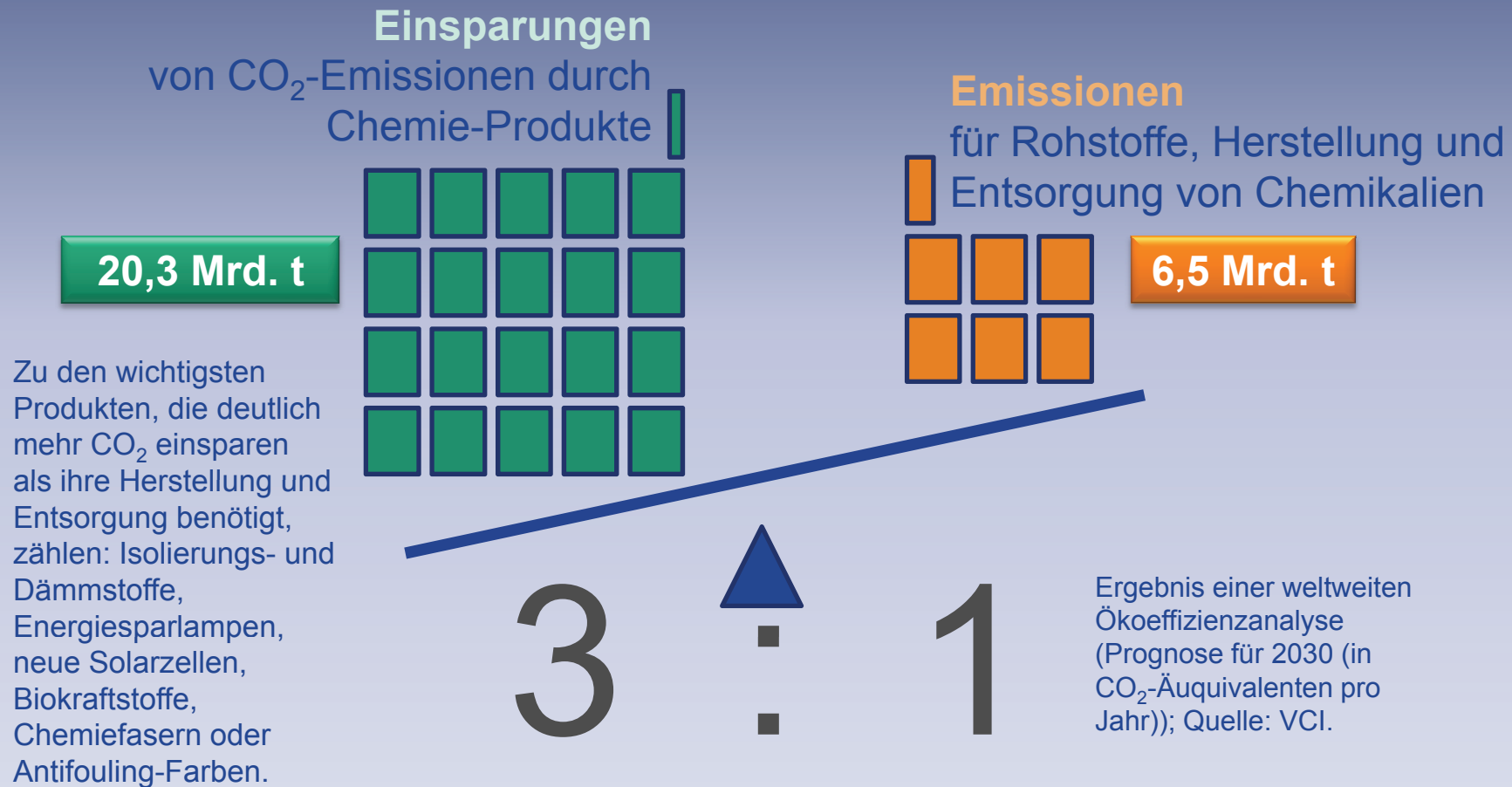
Als Rohstoffe setzen wir Durchforstungsholz und Sägenebenprodukte ein. Durch den Ausbau der Holzverbrennung, die massiv staatlich gefördert wird, wird Holz knapp. Der Anteil der energetischen Verwertung von Holz ist bereits viermal höher als der Holzeinsatz der gesamten Papierindustrie in Deutschland, obwohl die stoffliche Nutzung im Vergleich zur Verbrennung volkswirtschaftlich deutliche Vorteile aufweist. So liegt eine 8 mal höhere Wertschöpfung vor und ein 13 mal höherer Beschäftigungsfaktor.

Die Papier- und Zellstoffindustrie ist auf eine stabile Versorgung mit Grundlaststrom angewiesen. Die erneuerbaren Energieträger sind hierzu keine Alternative, da Solar- und Windenergie nicht grundlastfähig ist.

Die Belastungen der Papierindustrie bei der Energiesteuer, beim EEG und beim Emissionshandel müssen begrenzt sein. Es geht hier um keine Sonderbehandlung oder gar um eine Subvention, sondern es geht um das notwendige Einfordern einer geringeren Belastung. Ansonsten droht die Standortverlagerung in das Ausland und letztlich eine schleichende Deindustrialisierung nicht nur für die Papierindustrie.

Dies gilt im Übrigen auch bei dem vom Land jetzt auf den Weg gebrachten Klimaschutzkonzept. Hier darf nicht mehr als sonst in Europa und Deutschland gefordert werden. Unsere Belastungsgrenze ist erreicht, wenn nicht sogar überschritten.

Chemieprodukte sparen ... in ihrem Lebenszyklus viel mehr Treibhausgase ein als bei ihrer Produktion entstehen

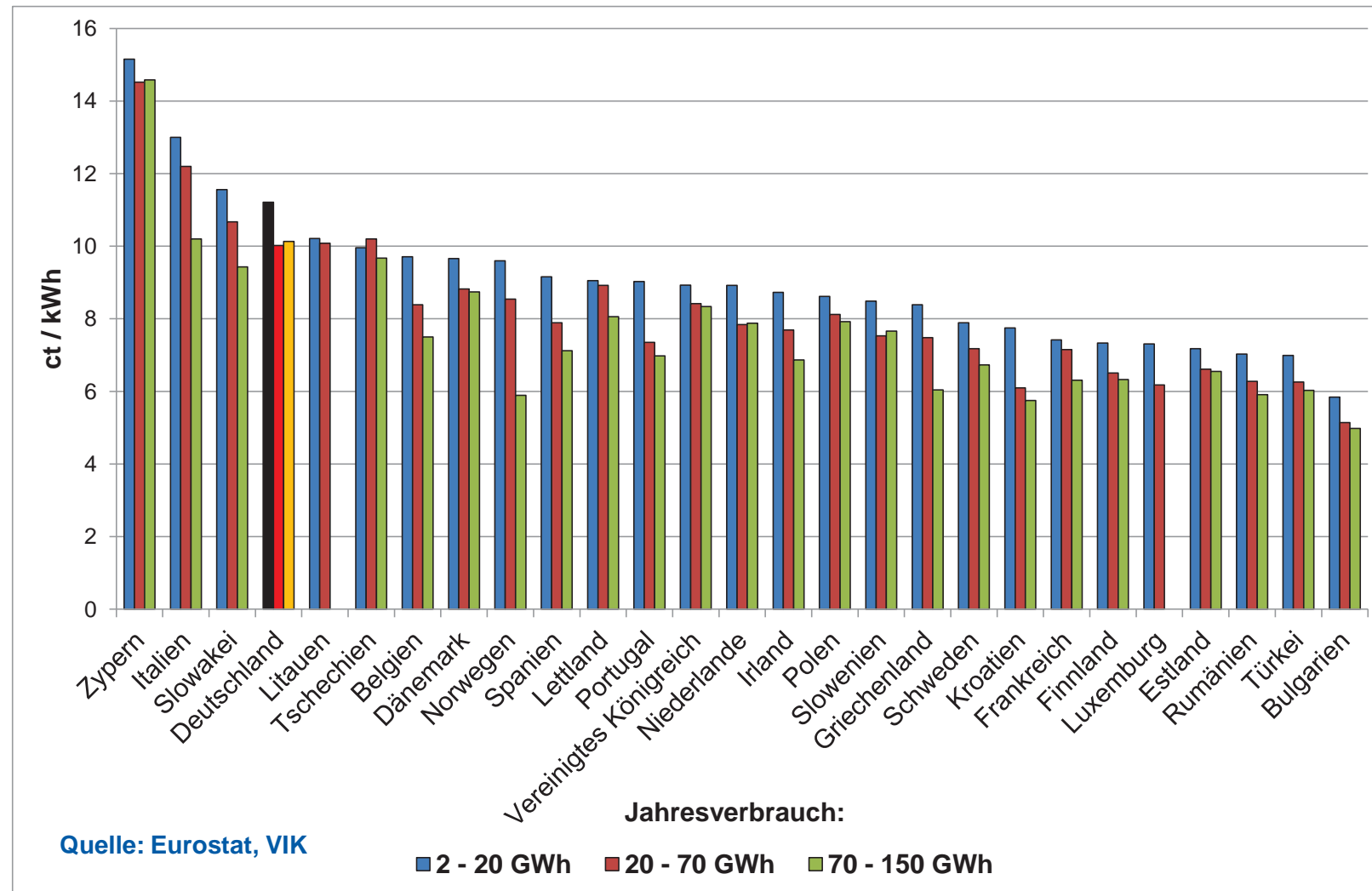




Wettbewerbsfähige Energiepreise für die Industrie

Vergleich der Industriestrompreise in Europa

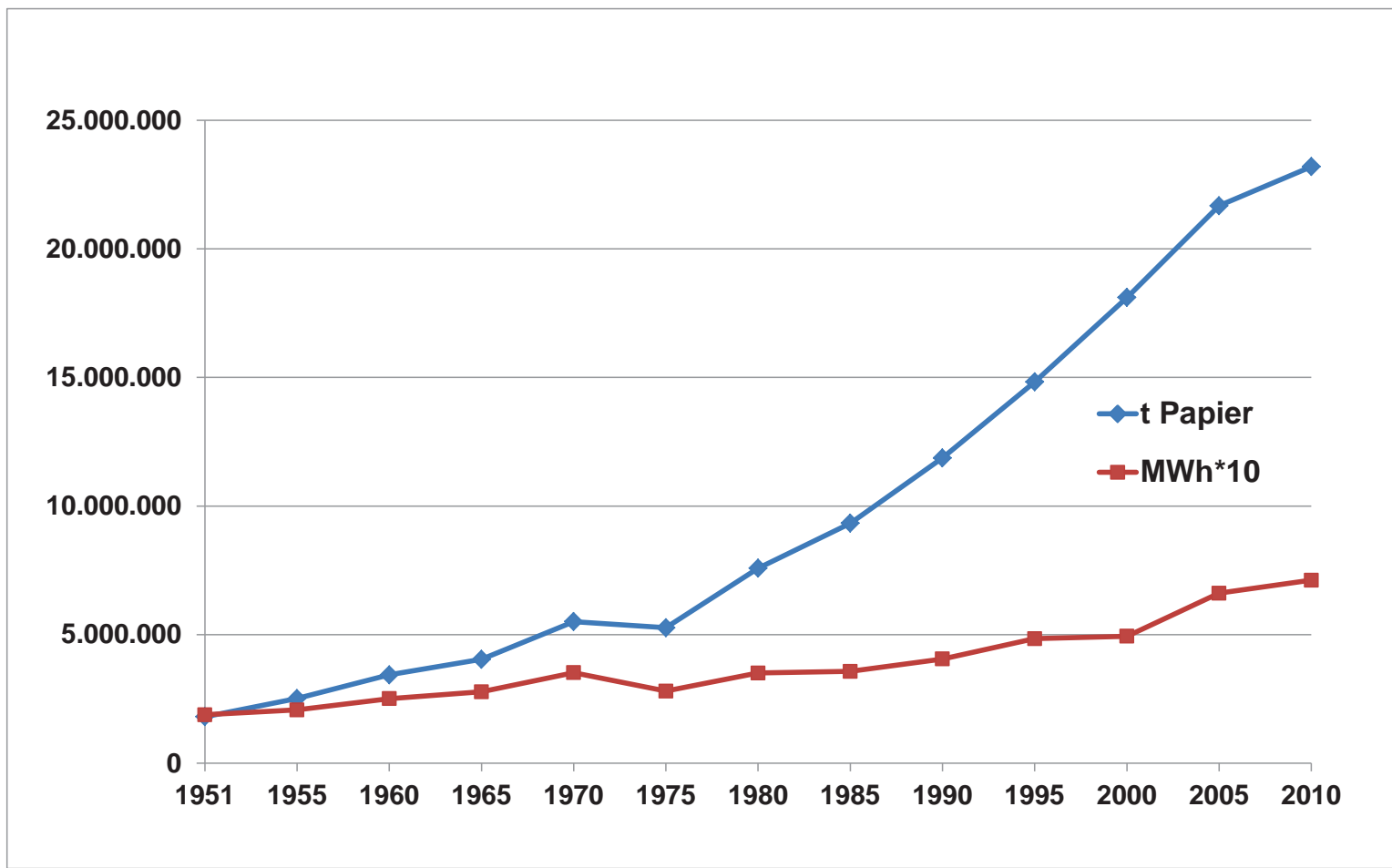
1. Halbjahr 2011, Preise inkl. Steuern, ohne MwSt.





Wettbewerbsfähige Energiepreise für die Industrie

Entwicklung der Papierproduktion und des Energiebedarfs in der deutschen Zellstoff- und Papierproduktion



**Pressekonferenz
zur Vorstellung gemeinsamer energiepolitischer Positionen
Freitag, 9. März 2012, 11:30 Uhr, Stuttgart**

Ansprechpartner für die Medien:

Fabian Goenen



**Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
Baden-Württemberg**
Willi-Bleicher-Str. 20
70174 Stuttgart
0711 22916-20
0173 6080693
Fabian.Goenen@igbce.de

Andreas C. A. Fehler



Chemie-Verbände Baden-Württemberg
Markgrafenstr. 7 – 9
76530 Baden-Baden
07221 2113-48
0162 2111648
medien@chemie.com

Dr. Hans-Peter Berger



Baden-Württembergische Papierverbände
Scheffelstr. 29
76593 Gernsbach
07224 6401-126
0172 7296742
h.p.berger@papierzentrum.org